



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Mitteilungen der Deutschen Volksräte Posen und Westpreußens, Nr. 29

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Mitteilungen

der Deutschen Volksräte Pommerns und Westpreußens

Nr. 29

Verantwortlich: Carl Georg Bruns
Schriftleitung: Bromberg, Belgienplatz 1 III
Fernruf Nr. 321

8. Okt. 1919

Inhalt: Materialien zur ostdeutschen Frage: Ein einzig Volk von Brüdern. Polnische Bekenntnisse — Aus den Deutschen Volksräten — Pressestimmen: Polnische Presse — Kleine Mitteilungen.

Materialien zur ostdeutschen Frage

Ein einzig Volk von Brüdern!

Der Weg zur Einigung der Deutschen

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,

In keiner Not uns trennen und Gefahr.

Wir wollen frei sein, wie die Väter waren,

Eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.

Wir wollen trauen auf den höchsten Gott

Und uns nicht fürchten vor der Macht der Menschen.

Wie oft haben wir uns diese Worte aus Schillers „Wilhelm Tell“ zugerufen! Wie oft uns gemahnt mit den Worten des sterbenden Freiherrn von Uttinghausen:

Seid einig — einig — einig!

Die Einigung aller Deutschen im Abtretungsgebiet ist so nötig wie das liebe Brot.

Aber die schönen Reden, begeisterten Versammlungen und todesmutigen Schwüre bringen diese Einigung nicht. Dazu haben die Deutschen zu viele Köpfe. Und es ist eine Selbsttäuschung, wenn man meint, nur durch Versammlungen und packende Reden diese Einigung herbeizuführen. Solche deutschen Volksversammlungen, das betone ich ausdrücklich, sind nötig, und man muß sie immer wieder von Zeit zu Zeit halten. Aber man lasse sich durch ihren gelungenen Verlauf und den Beifall der Teilnehmer nicht täuschen. Sie sind schließlich nur eine Stärkung und Festigung derer, die dem Gedanken der Einigung schon nahe stehen. Die andern lassen sich durch Worte nicht so leicht umstimmen. Und wenn sie auch wirklich in einer solchen Versammlung warm geworden sind, dann kommt am andern Tage eine merkliche Abkühlung durch einen Parteibonzen oder irgendeinen „Bedenklichen“.

Ebenso wenig führt das politische Mittel der Einigung zum Ziel. Das Nächstliegende und Gegebene wäre ein Aufhören aller bisherigen Parteien und das Zusammenkommen zu einer einzigen deutschen Partei. Aber da kennst du die Deutschen schlecht. Jeder muß sein besonderes Parteifüppchen kochen und essen. Darum wollen Zentrum, Demokratie und Sozialdemokratie von der „Deutschen Partei“ nichts wissen. Sie kommen mit dem Schlagwort „Arbeitsgemeinschaft“. Aber wir kennen solche Arbeitsgemeinschaft. Da werden große Reden geschwungen, und vor lauter Reden kommt man zu keiner Arbeit. Abgesehen davon, daß in dieser Arbeitsgemeinschaft die schwarz-rot-goldene Reichs-

mehrheit auch im polnischen Staate die Herrschaft über die Deutschen in die Hand nehmen will und dadurch von vornherein die unerquicklichen Zustände im Reiche in das gefährdete Deutschthum in Polen tragen würde, wird auch diese Arbeitsgemeinschaft keine Einigung herbeiführen; denn da wird sich bald dieses oder jenes Grüppchen von der Arbeitsgemeinschaft absondern oder ihr gar nicht beitreten, und dann kommt es wieder zu neuen Auseinandersetzungen und „Einigungen“. Es ist ein ganz aussichtsloses Beginnen, in solcher Arbeitsgemeinschaft eine Einigung zustande zu bringen. Wohl ist es wünschenswert, daß die „Deutsche Partei“ in der obersten Spitze, d. h. in der Landesvereinigung, sich an der Arbeitsgemeinschaft beteiligt, um nach außen hin eine einige Front des Deutschthums zu bilden. Aber in den einzelnen Kreisen und Orten solche Arbeitsgemeinschaft bilden, hieße den Bock zum Gärtner machen. Vor lauter Reden und Streiten würde man zu keiner Arbeit kommen. Also noch einmal, man sehe in den politischen Einigungsverhandlungen kein Allheilmittel der Einigung und vergeude nicht darin seine besten Kräfte.

Wie kann man dann aber den Weg zur deutschen Einigung finden? Wir wollen uns die deutschen Einheitsbestrebungen im vorigen Jahrhundert ins Gedächtnis zurückrufen. Es hat eine lange Zeit gedauert von 1806, der Auflösung des tausendjährigen Deutschen Reiches, bis 1871, zur Wiedererrichtung des deutschen Kaiserthums. Da ist viel geredet worden, auf den Volksversammlungen und in den Parlamenten, besonders in den schwarz-rot-goldenen von 1848 an, aber eine Einigung haben diese politischen Versammlungen und Reden nicht gebracht. Vor lauter Reden mußte man niemals recht, was man eigentlich wollte, ob großdeutsch mit Einschluß Oesterreichs oder kleindeutsch unter Preukens Führung u. a. m. Die wirkliche Einigung ist einen andern Weg gegangen, einen Weg, der schmal und verborgen angefangen hat, aber zielstrebig weiter ging und sich immer mehr verbreiterte. 1819 erfolgte die Gründung der Gesellschaft für ältere deutsche Geschichtskunde, man versenkte sich in die große Vergangenheit. 1817 erschienen Görres' „Altdeutsche Volks- und Meisterlieder“, 1819 Grimms „Deutsche Grammatik“. Die alten Märchen und Sagen wurden im Volke wieder lebendig gemacht. 1852 wurde das deutsche Nationalmuseum in Nürnberg eröffnet. Mit einem Worte, man pflegte deutsche Geschichte und Kultur. Daneben fanden sich die einzelnen Berufsgruppen zusammen. Die Landwirte, Gelehrten, Volkswirte, Kaufleute, Innungen usw. traten zu gemeinsamen deutschen Tagungen zusammen, es entstanden deutsche Interessengemeinschaften. Ferner schlossen sich die Schützen, Turner, Sänger zu eindrucksvollen gesamtdeutschen Schützen-, Turner- und Sängerverfesten zusammen. Am wichtigsten war aber der wirtschaftliche Kitt im deutschen Zollverein. Auf diesem Wege wurde praktische Einigungsarbeit getan. Bis dann der Mann kam, der die deutsche Einheit zusammenschweißte — denn von selber ging das auch trotz aller vorhin besprochenen Vorarbeiten nicht — Bismarck, der Schmied des Deutschen Reiches.

So muß auch bei uns die Einigung durch praktische Arbeit versucht werden: Pflege der deutschen Geschichte und Kultur, Zusammenschluß der einzelnen Berufsgruppen, z. B. deutsche Vereinigungen der Landwirte, Kaufleute, Lehrer, Handwerker usw. Schaffung eines wirtschaftlichen Ringes. Alles das getränkt von dem einen Gedanken: Deutsch. Die politische Einigung kommt dann schließlich von selber, wenn das Deutschthum in die Schmiede kommt. Erst wenn die Not kommt und den verschiedenen auseinanderstrebenden eigenwilligen deutschen Köpfen gehörig „eins auf den Kopf gibt“, daß sie zusammengestoßen werden, wird eine Einigung möglich sein und werden die Deutschen unter einen Hut gebracht werden können.

Aber, wird vielleicht jemand sagen, das Beispiel der deutschen Einheitsbestrebungen paßt auf uns nicht. Wir werden im polnischen Staate unter ganz anderen Bedingungen leben. Nun, der Deutsche ist sich gleich in seinen Vorzügen und Fehlern, wo er auch wohnen mag. Darum kann jene deutsche Geschichte für uns lehrreich sein. Aber wir wollen auch die polnischen Verhältnisse be-

trachten. Dazu wollen wir uns die Bestrebungen der Polen im preussischen Staat zum Vergleich heranziehen. Die waren ja in ähnlicher Lage wie wir es künftig sein werden. Die Polen haben den Gedanken der Wiederaufrichtung des polnischen Staates nie aufgegeben. Sie haben es zuerst mit begeisterten Versammlungen, Treuschwüren, Aufständen, politischen Verschwörungen und geheimen und öffentlichen Diplomatenengeschichten versucht. Aber ohne Erfolg. Da haben sie in der letzten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einen andern Weg beschritten, den der praktischen, aufbauenden Arbeit. Das Genossenschaftswesen blühte auf: Kreditgenossenschaften, Ein- und Verkaufsgenossenschaften (Rolniks), Parzellierungsbanken, Befestigung des Großgrundbesitzes, Volksbank (Bank ludowy). Daneben Bauernvereine, Zentralverein der Großgrundbesitzer, Verband polnischer Arbeiter. Weiter Turnvereine (Sokol = Falke) und Straz (= Wacht-) Vereine. Dazu kommt der Marcinkowski-Verein zur Unterstützung der lernenden Jugend und Museen und Bildungsvereinigungen zur Pflege polnischer Kultur. Diese zähe, zielbewußte polnische Kleinarbeit hat einen polnischen Mittelstand geschaffen, der vorher in Polen fehlte und den es in Kongreßpolen auch jetzt noch nicht gibt, hat die Polen wirtschaftlich geträgt, zum Wettbewerb mit den Deutschen geschult und zur bewußten Hochhaltung polnischer Kultur gegenüber allen Germanisierungsbestrebungen gestählt. Damit kam die polnische Einigung von selber zustande und hatte auch Erfolg.

Also auch die Heranziehung der polnischen Einheitsbestrebungen führt uns auf denselben Weg. Politische Bestrebungen sind nötig und dürfen niemals unterlassen werden. Aber man darf von ihnen nicht zu viel erwarten. Auf sie darf die beste Kraft zuerst nicht angewandt werden. Praktische, aufbauende Arbeit muß in aller Stille, mit aller Zähigkeit und Zielbewußtheit getan werden, Pflege der deutschen Kultur und Zusammenfassung der einzelnen Berufs- und Interessengruppen, und nicht zu vergessen Zusammenziehung des deutschen Wirtschaftslebens. Also deutscher Schulverein, Verein für Volksbildung; deutsche Berufsvereine der Landwirte, Kaufleute, Arbeiter, Lehrer, Geistlichen, Privatbeamten, Handwerker, Frauen usw. Deutsche Jugend-, Turn-, Gesangsvereine usw. Endlich Vereinigung aller deutschen Genossenschaften, Reiffeisenvereine, landwirtschaftlicher Genossenschaften, Volksbanken. Besonders auf den wirtschaftlichen Zusammenschluß ist großes Gewicht zu legen. Das ist das Gerüst der deutschen Einigung. Man sage nicht, dadurch werde der Weg des deutschen Idealismus, des reinen Geisteschwunges, verlassen, daß man mehr von Geld und Wirtschaft rede, als von den deutschen Gedanken. Der Mensch besteht nicht bloß aus Geist, sondern aus Geist und Leib, und wenn der Leib nicht richtig ernährt ist, wird der Geist nicht lange seinen hehren Flug tun können. Und andererseits gehört zur Durchführung der wirtschaftlichen Einigung ein hohes Maß von Idealismus, nämlich der Idealismus der Tat.

Den äußeren Rahmen haben wir, die „Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen“. Davon wollen wir nicht mehr abgehen. Einige wenige wollen wir reden und streiten lassen über die Formen der Einigung mit den anderen Deutschen, die nicht der „Deutschen Partei“ beitreten wollen. Wir aber wollen unsere Orts- und Kreisvereinigungen stärken und festigen und praktische, aufbauende Arbeit in der Pflege der Schul- und Volksbildung, der wirtschaftlichen und berufständischen Kräftigung leisten. Und in alles den deutschen Gedanken hineinbringen. Dann müssen, wenn wir diesen deutschen Aufbau fertig haben, die anderen ganz von selber kommen, wenn sie sich nicht außerhalb des deutschen Volkstums stellen wollen.

Aber wir wollen uns nicht verhehlen, daß diese Einigung nicht so schnell und in geradem Aufstiege gelingen wird. Wir dürfen nicht müde werden und uns erbittern und verbittern lassen. Es gehört auch ein hohes Maß von Glauben und Hoffnung dazu. Die Königin Luise hat im Jahre 1807 sich und die ihrigen mit dem Spruche getröstet: „Meine Hoffnung ruht auf der Verbindung alles dessen, was den deutschen Namen trägt.“

Polnische Bekenntnisse.

Dr. Marjan Seyda, der als Mitglied des polnischen Nationalausschusses in Paris während des Krieges die Interessen Polens vor den Verbandsstaaten verfocht, berichtete in Posen in einer Versammlung über seine Tätigkeit. Wir geben die bedeutsamsten Stellen seines Berichtes nach den Darstellungen der polnischen Presse wieder. Seyda sagt u. a.:

Der erste Abschnitt meiner Tätigkeit war gewissermaßen eine Untersuchung des Terrains, eine Art Probezeit. Ich bemühte mich, im Geheimen, hinter den Kulissen zu wirken, veröffentlichte Aufsätze in der französischen Presse. Aber das waren Kleinigkeiten dem gegenüber, was zu tun notwendig war. Man mußte sich unter die Menschen begeben, sich in den Strudel der Welt werfen. Ich begab mich an den Genfer See, um mich mit anderen zwecks Werbearbeit zu vereinigen. Im September 1915 begründeten wir die polnische Zentralagentur in Lausanne, die nach außen hin den Charakter eines Pressebureaus trug, ihr wahrer, eigentlicher Zweck war die politische Tätigkeit. Wir gaben unserer Arbeit nach außen hin neutralen Charakter — aber nur zum Schein. Die ganze Tätigkeit war dahin gerichtet, den Krieg zu Ende zu führen und die Deutschen zu besiegen, denn nur auf diese Weise konnte Polen zur Freiheit gelangen. Inzwischen trugen die Deutschen einen Sieg nach dem anderen davon. Als die Deutschen Warschau eroberten und das Königreich Polen ausriefen, das nur ihre Dienerin sein sollte — als einige Polen verkündeten, daß ganz Polen auf Seiten der Zentralmächte stände, sagten wir uns, daß es so nicht weitergehen könnte, daß man klar und deutlich demgegenüber auftreten mußte, denn die polnische Sache schien begraben zu sein. Auf die Schweiz waren die Augen der Völker gerichtet. Dort bemühten sich die Deutschen, ihren Einfluß hervorzuheben, aber noch größeren Einfluß hatten die Verbandsmächte, die das Vorgehen der Polen geprüft hatten. Als ich in der Schweiz eintraf, neigten die dortigen Polen alle zu Österreich, scheuten sich aber, zugunsten der Deutschen, der großen Schädiger der Polen, zu sprechen. Die Lage war durchaus verworren, die Interessen der

Zentralmächte schienen die Oberhand zu gewinnen. Es mußte also für die Solidarität mit den Verbandsmächten gewirkt werden. Wir verkündeten in der Presse, daß die Polen nur zum Schein sich auf die Seite der Zentralmächte stellten. Durch die Botschaft in der Hauptstadt der Schweiz wirkten wir unmittelbar für die Verbandsmächte. Ich habe keinen Ausdruck, um meinen Dank denen zu zeigen, die uns geholfen haben, unser Ansehen herzustellen. Alle paar Wochen trafen Herren und Damen aus Posen ein, die durch vorgeschützte Krankheit Pässe von den Deutschen verlangt hatten. Sie berichteten sehr gründlich über die Lage in Deutschland und trugen den Verbandsmächten sehr wichtige Nachrichten zu, die diesen durch die Botschaft übermittelt wurden. Durch die an die Verbandsmächte gerichteten Meldungen zog sich wie ein roter Faden der Gedanke, daß die Polen nur zum Schein den Zentralmächten anhängen. Es handelte sich ferner um die Beeinflussung der Meinung des Landes. Denen, die zu uns kamen, gewährten wir Schutz. War es doch in militärischer Hinsicht so schlimm, daß man an unserer Sache hätte verzweifeln können. Wir begaben uns auch zu den Polen nach Amerika, die späterhin eine Zentralagentur und darauf einen Nationalausschuß gründeten. Die Anführer der dortigen Polen stammen hauptsächlich aus unseren Gebietsteilen. Während wir in der Schweiz arbeiteten, weilte Roman Dmowski in London und trieb dort polnische Werbearbeit. Die Engländer hatten vor dem Kriege keine Ahnung von Polen. Dmowski bearbeitete die Grundlage, auf der später die politische Arbeit beginnen sollte.

Wir sahen jedoch, daß die bisherigen Handlungen nicht genügten. Die Deutschen zogen immer mehr Polen in ihre Neze. Wir riefen daher im August 1917 den polnischen Nationalausschuß mit Roman Dmowski an der Spitze ins Leben, zu dessen Sitz wir Paris wählten. Es handelte sich darum, Polen zu vertreten, und die Delegierten aus Posen versicherten uns, daß die hiesigen Polen mit einer solchen Vertretung einverstanden seien. Wir waren im Besitze eines formellen Mandats von den Polen in Ame-

rifa und denen aus Petersburg. Auch die Polen in Galizien und die Vertrauenspartei-freie im Königreich Polen erklärten ihr Einverständnis. Wir hatten also zum mindesten drei Viertel der gesamten Polen auf unserer Seite. Die französische, englische, italienische Regierung, und später auch die der Vereinigten Staaten erkannten den Nationalausschuß als Vertretung Polens an. Unser Programm war politische Tätigkeit, Schutz der Zivilrechte der Polen, die in den Verbandsländern wohnten, und Organisation polnischer Truppen in Frankreich. Bei der Verteidigung der Zivilrechte Polens handelte es sich um Anerkennung Polens als berechtigt zu selbständigem Dasein, also darum, daß die polnische Vertretung die Interessen der Polen ohne Hilfe der Konsulate anderer Länder verteidigen könne.

Charakteristisch ist es, daß, als ich mich auf die Reise begeben wollte, die französische Regierung mir einen Paß ausstellen wollte, in dem bemerkt war, daß ich Pole preussischer Staatsangehörigkeit sei. Ich habe diesen Paß nicht angenommen und sagte, daß dies für mich eine Beleidigung sei. Nach Verlauf eines Tages erhielt ich einen anderen Paß, der aus sagte, daß ich polnischer Nationalität sei. Nationalität bedeutet dasselbe wie Staatlichkeit. Dadurch ist also Polen als Staat schon anerkannt worden. Was die Organisation polnischer Truppen betrifft, fragten uns einige Polen, ob das angesichts der Siege der Deutschen nicht ein Wahnsinn sei. Wir entschieden uns zur Bildung polnischer Truppen unter den schwierigsten Bedingungen. Es ist das größte Verdienst des gegenwärtigen Ministerpräsidenten Paderewski, daß er die Polen in Amerika veranlaßte, sich in die Freiwilligenreihen zu stellen. Er begann mit der freiwilligen Werbearbeit. Es handelte sich darum, aus diesen Truppen eine selbständige nationale Armee zu bilden. Solange ihnen dieser Charakter nicht zugestanden wurde, gingen wir nicht auf die Organisation der Truppen ein. Der Nationalausschuß bildete die politische Behörde dieser Armee. Der Bildung polnischer Truppen auf seiten der Verbandsmächte verdanken wir, daß Polen in dem Friedenskongreß vertreten ist.

In politischen Angelegenheiten hat der Präsident Roman Dmowski die großen Verdienste. Er hatte schon vor dem Kriege Beziehungen in London und Paris. In uner-müdlischer Tätigkeit ging er während des Krieges von einem Diplomaten zum andern und überzeugte sie. Er stellte die Angelegenheit mit so überzeugender Kraft dar, daß sie keine Beweisgründe dagegen hatten. Wir arbeiteten ein Gebietsprogramm aus, nach dem zu Polen das ganze preussische Teilgebiet, Oberschlesien, Westpreußen, das Teschener Schlesien, Wolhynien, die Finster Sümpfe, Grodno, Wilna, Pinski und die weiteren Gebiete bis hinter die Beresina gehören sollten. Das Kownoer Gebiet, Teile des Wilnaer Gebiets, ohne Wilna, und andere Gebiete des ethnographischen Litauens sollten ein selbständiges Land im Bündnis mit Polen bilden. Wir wirkten nicht nur in diplomatischen Kreisen, sondern auch in der Presse. Die Presseabteilung, an deren Spitze ich stand, war die Schmiede alles dessen, was erkämpft werden sollte. Es war mir anempfohlen worden, darüber zu wachen und das Material vorzubereiten. Es wurde ein umfassendes Buch geschrieben und ungezählte Denkschriften wurden den Verbandsregierungen überreicht.

In den Verbandsländern bestand die Gefahr, daß der Krieg nicht zu Ende geführt werden würde. Es wurde von einem Bündnis Frankreichs mit Österreich gesprochen. Das war eine Gefahr, denn dann wäre Deutschland nicht entwaffnet worden. Wir nahmen den Standpunkt ein: Österreich muß geschlagen werden, die ihm angehörigen Völker müssen befreit werden. Wir nahmen teil an der Werbearbeit gegen Österreich.

Wir hoben grundsätzlich hervor, daß die polnische Frage eine große internationale Frage sei, eine Frage anderer Art, als die Frage der kleineren Nationen Österreichs.

Auf dem Friedenskongreß errangen wir große Erfolge, abgesehen von unseren Ansprüchen auf Westpreußen. Es wurde beschlossen, die Abtretung Danzigs und Oberschlesiens in die Friedensbedingungen aufzunehmen. Später verschlimmerte sich die Lage. Unsere Arbeit war nervenschwächend.

Täglich trafen Nachrichten über gegen uns gerichtete Beweisführungen, besonders von englischer Seite ein. Vieles verschlimmerte sich, aber wir müssen zugeben, daß wir auch viel gewonnen haben.

In Teschen-Schlesien soll die Volksabstimmung stattfinden, und wir sind überzeugt, daß sie zu unseren Gunsten ausfällt.

In Ost-Galizien sind wir an Zahl in der Minderheit, obwohl alle kulturellen und wirtschaftlichen Werte zu unseren Gunsten sprechen. In den letzten Tagen fiel die Entscheidung, daß dieses Land unter polnischen Einfluß kommen soll. Nach dem Wunsch der Engländer sollte hier eine besondere von Polen verwaltete Provinz entstehen. Das Wilnaer und Grodnoer Gebiet strebte stets zu Polen hin. Wir sind überzeugt, daß die Bevölkerung sich für Polen aussprechen wird. In den östlichen Gebieten werden die polnischen Truppen als diejenigen begrüßt, die Ruhe und Ordnung bringen.

Einstweilen ist dort eine vorläufige Grenze festgelegt.

Unsere größten Feinde sind die Deutschen. Mit Rußland sind wir bereit, in Freundschaft zu leben. Die Rumänen erachten wir als unsere natürlichen Verbündeten. Die Tschechen sind schlau in der deutschen Schule ausgebildet, ihre Gier macht sie strupellos in der Wahl der Mittel. Sollte jedoch Teschen unser werden, was wir erwarten, so können wir auch ein Bündnis mit den Tschechen erstreben. Mit den Verbandsmächten müssen wir durch ein ständiges Bündnis vereinigt sein. Der polnische Staat zwischen Deutschland und Rußland müßte so stark wie möglich sein. Die Bevölkerung unserer Gebiete hat die große Aufgabe des am weitesten nach Westen vorgeschobenen Wachtpostens. Ich habe die Hoffnung, daß unsere Angelegenheiten, die noch nicht gelöst sind, zu unseren Gunsten erledigt werden.

„Tag“ Nr. 466 vom 1. Oktober 1919.

Aus den Deutschen Volksräten

Der Neuaufbau des deutschen Schulwesens in Posen

Der Allgemeine Deutsche Schulausschuß in Polen, Sitz Bromberg, veröffentlicht das von ihm aufgestellte Programm für den Neuaufbau des deutschen Schul- und Bildungswesens in Polen.

Bei der Neugestaltung des deutschen Schulwesens beanspruchen die Deutschen des Abtretungsgebietes das kulturelle Selbstbestimmungsrecht für alle Zweige des Unterrichts- und Erziehungswesens.

Der Neuaufbau des deutschen Schulwesens verlangt die Mitarbeit der Berufsverbände der gesamten Lehrerschaft und der übrigen deutschen Bevölkerung.

Die deutsche Lehrerschaft und die deutsche Bevölkerung beanspruchen die Selbstverwaltung des gesamten deutschen Schulwesens für einen neuzubildenden deutschen Schulselbstverwaltungskörper, der der staatlichen Schulverwaltung organisch angegliedert ist.

In jeder Form der Selbstverwaltung soll das deutsche Schulwesen einen Teil des staatlichen Gesamtschulwesens bilden und ihm deutsche Unterrichtssprache, selbständige deutsche Verwaltung und deutsche Schulaufsicht gewährleisten werden.

Der Aufbau des Selbstverwaltungskörpers vollzieht sich von unten. Innerhalb jeder Gemeinde oder mehrerer Gemeinden zusammen bildet sich zur Pflege der notwendigen deutschen Schulen eine deutsche Schulgemeinde, an deren Spitze ein gewählter Schulausschuß oder Schulvorstand tritt.

Zur oberen Verwaltung werden Kreis- und Provinzialschulverwaltungskörper eingerichtet, die einer deutschen Landesschulbehörde unterstellt sind. Die Gesamtzahl der deutschen Schulgemeinden bildet den Deutschen Landesschulverband. Die Verwaltung des Landesschulverbandes liegt in den Händen einer deutschen Landesschulbehörde, deren Vorsitzender dem Herrn Minister für Volksaufklärung bzw. dem Minister der ehemals preussischen Landesteile verantwortlich ist.

Die Selbstverwaltungskörper richten für die Pflege der einzelnen Zweige des Unterrichtswesens Sonderabteilungen ein. Die Mitglieder der deutschen Schulselbstverwaltungskörper werden auf eine Reihe von Jahren gewählt. Der Lehrerschaft ist eine mitbestimmende Teilnahme an allen Stellen der gesamten Schulverwaltung einzuräumen.

Der Landesschulverband verwaltet unter staatlicher Oberaufsicht die deutschen Schulen selbständig. Es werden von ihm zu diesem Zwecke pädagogische, technische und administrative Beamte berufen und angestellt, die durch die staatliche Bestätigung den Charakter von Staatsbeamten erhalten.

Die Anstellung der Lehrkräfte, ihre Beförderung, Entlassung und ihr Übertritt in den Ruhestand erfolgt durch die deutsche Landesschulbehörde. Dem Staate bleibt ein Bestätigungsrecht vorbehalten.

Die bereits im Amte befindlichen Lehrkräfte bedürfen keiner weiteren Bestätigung. Neu anzustellenden Lehrkräften kann die Bestätigung nur versagt werden, wenn sie keine entsprechende Vorbildung besitzen oder in sittlicher Hinsicht nicht den Anforderungen des Lehrberufes genügen oder nachgewiesenermaßen wegen Hochverrats bestraft sind.

Für alle von dem deutschen Schulselbstverwaltungskörper angestellten Beamten und Lehrkräfte gilt in bezug auf lebenslängliche Anstellung, Beförderung, Ruhegehalt, Hinterbliebenenfürsorge und andere Privilegien die gleiche gesetzliche Regelung wie für die polnischen Lehrkräfte und Angestellten des polnischen Teiles des Gesamtschulwesens.

Die Schulaufsicht wird durch die Organe des Landesschulverbandes im Rahmen der allgemeinen staatlichen Bestimmungen ausgeübt. Die deutsche Landesschulbehörde ernennt die Schulaufsichtsbeamten. Nur fachlich vorgebildete, in dem betreffenden Schuldienste bewährte Lehrkräfte dürfen Schulaufsicht hauptamtlich ausüben.

Die deutsche Volksbildung bildet als Grundlage der allgemeinen Erziehung der deutschen Jugend die Grundlage für alle weiterführenden deutschen Lehranstalten.

In allen deutschen Schulen und Erziehungsanstalten ist die polnische Sprache pflichtmäßiges Unterrichtsfach. Ebenso wird in allen Schulen und Erziehungsanstalten Religion als ordentliches Lehrfach gepflegt. Der Kirche steht hier das Aufsichtrecht zu, das sie innerhalb eines Kreises durch einen Geistlichen ausüben läßt.

Die Vorbildung des für die deutschen Schulen und Lehranstalten notwendigen Lehrernachwuchses wird auf höheren Lehranstalten erworben. Die erziehungswissenschaftliche Fachbildung erfolgt auf einer pädagogischen Akademie. Akademisch gebildeten Lehrkräften ist der bisherige Bildungsgang vorgeschrieben. Es ist daher eine deutsche Landesuniversität einzurichten, die von dem deutschen Schulselbstverwaltungskörper verwaltet wird.

Die nach den allgemeinen staatlichen Bestimmungen festgesetzten und von der deutschen Bevölkerung zu tragenden Schulsteuern werden innerhalb der deutschen Schulgemeinden von den staatlichen Organen eingezogen. Sie werden in ihrem vollen Umfange an die deutsche Landesschulkasse abgeführt, die sowohl die persönlichen Lasten als auch die sachlichen Bau- und Unterhaltungskosten voll trägt. Macht der Staat Aufwendungen für die Unterhaltung von Schulen aus seinen allgemeinen Mitteln in Form von Staatszuschüssen, so ist der auf die Kopfzahl der deutschen Bevölkerung entfallende Hunderthsatz an oben genannte Kasse zu überweisen.

Der Grundsatz des paritätischen Genusses an Geldern für Schulzwecke erstreckt sich auf die besonderen Aufwendungen, die Bezirke, Kreise, Gemeinden und Städte für das Schulwesen machen.

Die durch die Opferwilligkeit der deutschen Bevölkerung aufgebrachten Sondermittel für das deutsche Schulwesen stehen der deutschen Landesschulverwaltung zur freien Verfügung. Der Staat hat diese Mittel in seinen Etatsberechnungen unbeachtet zu lassen.

Zur Vorbereitung einer erleichterten Umstellung des deutschen Schulwesens in den dem staatlichen Gesamtschulwesen eingeordneten deutschen Schulselbstverwaltungskörper werden in allen Gemeinden und Städten deutsche Ortschulausschüsse gebildet, die den Aufbau des Schulselbstverwaltungskörpers von unten betreiben.

Die örtlichen Schulausschüsse erhalten zu diesem Zweck von dem vorläufigen Landeschulschutz in Bromberg Richtlinien und Weisungen.

Einen Mahnruf an Pflicht und Gewissen veröffentlicht der Deutsche Volksrat Posen. Er weist auf die außerordentliche Gefahr der Abwanderung hin und sagt:

„Es ist an der Zeit, laut und vernehmlich die Stimme zu erheben, um die Gefahr aufzuzeigen, die durch ein blindes Hinausdrängen für das deutsche Geistes- und Kulturgut überhaupt erwächst. Man sage nicht, die Gefahr sei noch weit im Felde und könnte eventuell später ausgeglichen werden: sie ist schon da, steht bereits mitten unter uns und ist verhängnisvoller, als wir es ahnen. Durch zwei Tore konnte dieses Gespenst der geistigen und kulturellen Not, die immer schwerer zu ertragen ist, wie die der leiblichen und wirtschaftlichen, Eintritt finden und Boden gewinnen: das eine führt durch das verwaiste Pfarrhaus, das andere durch die verlassene Schulstelle.

Kirche und Schule! Wer vermöchte die völkischen, ethischen und kulturellen Momente zu übersehen, die in diesen beiden staatlichen Institutionen eingeschlossen liegen. Immer, wo es sich darum handelt, eine Sammlung geistiger Interessen anzustreben, bilden sie die Kristallisationskerne. Und was für ein Bild bietet sich uns heute hier dar? Zahlen sollen reden. Von etwa 920 deutschen Schulstellen, die heute noch, im Zeichen der Umwandlung aller Schulen in solche mit nationalem Charakter, innerhalb der Demarkationslinie vorhanden sind, sind zurzeit schon 100 infolge Wegzugs der Lehrkräfte verwaist. Etwa 50 sind unbefetzt, da den auswärtsweilenden Lehrern die Einreisegenehmigung ver sagt wird. So konnte es geschehen, daß annähernd an 150 Stellen deutsche Kinder unterrichtlich nicht mehr versorgt werden können. Auf der andern Seite haben wir die Tatsache, daß gegen 850 Lehrpersonen das Gehalt aus der staatlichen Fürsorgekasse gezahlt bekommen, es aber ablehnen, eine Landstelle von neuem anzuireten.

Auf dem Gebiet der höheren Schule liegen die Verhältnisse ebenso trostlos. Auch hier dasselbe Bild: Die deutschen Oberlehrer werden zur Disposition der preussischen Regierung gestellt und teilweise bereits durch Berufsgenossen polnischer Zunge ersetzt. In einer Anzahl von Provinzstädten mit höheren Lehranstalten ist die Beschulung deutscher Kinder überhaupt nicht mehr möglich, da Sonderklassen mit deutschen Schülern infolge geringer Unterrichtsbeteiligung nicht eingerichtet werden. Auch eine Ausnahme in solchen Orten, die eine deutsche Anstalt besitzen, ist häufig wegen Überfüllung nicht angängig.

Niemand wird behaupten können, daß dies erfreuliche Zustände sind. Ja, sie bilden in der Mehrzahl aller Fälle den einzigen Grund einer übereilten Abkehr. Gibt es deshalb im völkischen Sinne überhaupt eine Pflicht für das hiesige Deutschtum, dann muß sie zum größten Teile auf diesem Gebiet liegen. Eine Änderung und Besserung wird hier einsetzen, weil sie einfach Gebot der Notwendigkeit ist. Gelingt es uns nicht, diese Quelle aller Mißverhältnisse zu beseitigen, dann können wir auch nicht den Abwanderungsstrom abstauen, der heute zum Schaden der deutschen Sache mit jeder Welle zerstört, was einstens arbeitsreiche Vergangenheit gebaut hat.

Nun leben wir in einer Übergangszeit, und zwar erst in den Anfängen. Vieles wird sich späterhin wieder festigen, was heute kopflos und sinnlos durcheinanderwirbelt. Haben wir nur den Mut, festen Fußes das Wellental einer trüben Gegenwart zu durchschreiten, dann können wir aus eigener Kraft uns hier die Zukunft erträglich gestalten. Es gilt, keine Zeit zu verlieren. Erste Pflicht ist heute handeln und positive Arbeit leisten. Beides hat der Deutsche Volksrat in sein Programm aufgenommen. Auf dem Schulgebiet sind bereits in dieser Richtung die ersten Schritte getan. Wir dürfen das Vertrauen

haben, daß er sowohl hier wie auf den anderen Betätigungsgebieten das Wohl der deutschen Bevölkerung wahrnehmen wird. Diese selbst darf niemals die Aufgaben aus dem Auge verlieren, die das Deutschtum auch in der Zukunft hier noch haben wird. Geben wir sie heute preis, leichtem Herzens und unbekümmerten Sinnes, dann ist das Verrat an unserem Volkstum. Das soll einmal ganz offen ausgesprochen werden. Darum steht ein Aussharren auf dem vorgeschobenen Posten unseres Volkstums seinem inneren Werte nach höher, als ein Zagen nach vorteilhaften Stellen, die drüben locken. Das Preussische Ministerium hat sich ausdrücklich auf diesen Standpunkt gestellt und seinen Beamten das Aussharren in ihrem Amte zur Pflicht gemacht. Hieran sollten sich auch Gewerbe, Landbesitz, Handwerk

erinnern. Je stärker und geschlossener das deutsche Element hierzulande bleibt, desto nachdrücklicher und aussichtsreicher wird es seine Forderungen anmelden können, die ihm aus Recht und Gerechtigkeit zugestanden werden müssen.

Der Schiedsspruch der Geschichte ist gegen uns ausgefallen. Dieser herben und ersten Notwendigkeit haben wir uns zu beugen. Auf Geheiß und Verderb hat sie uns alle zusammengeschlossen. Nur tritt wieder mehr gemeinsame Arbeit mit großen objektiven Zielen auf den Plan und bringt wieder Schwung und Zug in unser aller Leben. Sammlung aller Kräfte muß nun Programm werden. Nur auf diesem Wege gestalten wir uns fruchtbare und erträgliche Daseinsbedingungen."

Pressestimmen

Polnische Presse

„Dziennik Bydgoski“ (Bromberg) Nr. 208 vom 9. September 1919.

Die Lage in Oberschlesien.

General Dupont fordert das Einschreiten der Entente.

Die polnische Telegraphenagentur berichtet: Am Donnerstag traf um 9 Uhr vormittags in Sosnowice die Ententemission ein, zu welcher General Dupont, Malcolne, Benstwenga und Oberst Goodear gehören. Die Mission hat eine längere Konferenz mit dem Unterkommissariat Oberschlesiens, und in der Hauptsache mit dem Rechtsanwalt Wolny, dem Abgeordneten Pospiech und dem Abgeordneten Sosinski Beratungen gehabt. Als Vertreter des Oberkommandos der polnischen Truppen war der Oberst des Generalstabes Herr Zymierski anwesend und außerdem wohnte auch General Modelons, der Befehlshaber der dritten Division der Hallschen Armee, sowie Graf Bninski, als Vertreter des Roten Kreuzes der Sitzung bei. Die Konferenz dauerte bis 2 Uhr nachmittags. Nach der Konferenz, welche die Lage Oberschlesiens zum Gegenstand hatte, begab sich die Mission nach dem Lager, um persönlich

die Wünsche der Flüchtlinge zu hören und deren Klagen zu vernehmen. Es sprachen einige Arbeiter, wonach General Dupont befahl, den versammelten Aufständischen zu erklären, daß er noch heute Telegramme in Sachen schleunigster Besetzung Oberschlesiens durch die verbündeten Truppen abfende, daß dies aber mit Rücksicht auf technische Schwierigkeiten vor Verlauf einiger Wochen nicht eintreten kann. Dupont riet den Aufständischen, vorläufig Ruhe und Geduld zu bewahren. Am Abend desselben Tages reiste die Mission nach Kattowitz.

„Dziennik Gdanski“ (Danzig) Nr. 86 vom 25. September 1919.

Die Hoffnung der Deutschen.

Unter diesem Titel bringt das Blatt einen entsprechenden Artikel des „Vorwärts“ über die bevorstehenden Umsturzabsichten in Polen und sagt dazu:

Wir wissen nicht erst seit heute, daß Subjekte schlimmster Gattung, besonders aber Juden angestrengt arbeiten, um das Wiederaufstehen der Polen zu schwächen. Wir wissen jedoch zugleich, daß wir diese Agitation nicht nur dem bolschewistischen Rußland, aber in der Hauptsache auch den

sozialistisch-imperialistischen deutschen Agenten verdanken, welche schon in ihrer herzlichen Freude und in der Hoffnung zittern, daß ihre Arbeit ergiebige Früchte bringen wird, indem es das so sehr von ihnen gehaßte Polen vernichtet. Wir raten jedoch den Deutschen, sorgfamer ihre eigenen Sparta-Listen zu bewachen, die ihnen fast tagtäglich blutige Zeichen ihrer Anwesenheit geben und nicht so genau berechnen, wann die deutsch-russischen Agenten wahrscheinlich ihre „fromme“ Tat in Polen verrichtet haben werden. Wenn die Hoffnungen und Prophezeiungen der Deutschen jedesmal in Erfüllung gehen sollten, würde die Welt schon zehnmal vergessen haben, daß wieder einmal eine wiederauferstandene polnische Republik existiert hat. Wir hegen die sichere Hoffnung, daß, sei es im November oder sonst irgend wann später, in der polnischen Armee noch immer so viel gesunder Geist trotz der deutsch-russischen Agitation übrig bleiben wird, daß es reichen wird, um nicht nur den uns auf den Hals geschickten Agenten, sondern auch dem von ihnen verführten Mob und den frechen Deutschen selbst das Leder durchzugerben.

„Gornoslazat“ (Kattowitz) Nr. 218 vom
25. September 1919.

Ein Vizeminister für Groß-Polen.

Zum Vizeminister für die Angelegenheiten des früheren preußischen Teilgebiets ist Herr Pofzwiniski, gewesenes Mitglied des Posen-schen Unterkommissariats, ernannt worden.

„Gazeta Torunska“ (Thorn) Nr. 218 vom
25. September 1919.

Cui bono?

Mit wirklicher Freude las ich seinerzeit in den Zeitungen, daß die Berliner Verhandlungen abgebrochen worden sind, daß zuerst dieser und jener Berlin verlassen hat, und daß schließlich die oberschlesischen Kommissionen die weiteren Beratungen unmöglich gemacht haben. Als ich heute im „Kurjer Poznanski“ vom 20. September las, daß eine englische Mission nach Thorn gekommen sei, um „den Verlauf der Beratungen, die zwischen Polen und Deutschen in Sachen der Abtretung der Gebiete Westpreußens an Polen

beginnen sollen, zu bewachen“, verwunderte ich mich und beunruhigte mich sehr.

Was bedeutet denn die Frage der Abtretung der Gebiete Westpreußens an Polen? Hat man uns denn diese Gebiete nicht zuerkannt, hat man in Paris unsere Pflichten sowie die Rechte und Privilegien, welche wir den Deutschen geben sollen, nicht klar genug beschrieben? Handelt es sich in diesen Beratungen darum, daß von unserer oder deutscher Seite irgend etwas mehr abgehandelt werden soll, als im Friedensvertrage vorgeschrieben war?

Man muß die Deutschen kennen und wissen, daß sie von ihren Privilegien nichts abgeben werden. Wozu sind also die unsrigen nach Berlin gereist, wozu sollen sie jetzt in Thorn die Beratungen weiter führen?

Zu solchen Beratungen darf niemand von den Polen hinreisen, wenn aber jemand von den Deutschen irgend etwas für sich erhandeln will, was tatsächlich ihr einziges Ziel ist, so mögen sie doch nach Posen oder Warschau kommen, denn sie haben ein Interesse an den Verhandlungen, nicht aber wir.

Weiter, die Deutschen stellen Forderungen, die allerseits bearbeitet und bedacht worden sind, die durch verschiedene Sophismen gestützt werden, woran ganze Reihen Spezialisten gearbeitet haben. Sie trafen die unsrigen in Berlin vollständig unvorbereitet gegenüber verschiedenen Angriffen und Behauptungen, hörten als Antwort nur leere Phrasen — siehe die Berliner Berichte —, dies regt sie nur zu neuen Beratungen und leichten Erfolgen an. Deshalb nimmt es auch nicht Wunder, daß unsere nüchtern auf die Sache sehenden Abgeordneten schon nach den ersten Sitzungen vorgezogen haben, nach Hause zurückzukehren, als mit ungleichen Kräften den glatten Weg der Zugeständnisse zu betreten.

Wird es jetzt in Thorn anders sein? Ich erdreiste mich zu behaupten, daß man alle Verhandlungen aus dem Spiel lassen muß, die die Okkupierung Preußens treffen, wenn man nichts wichtigeres erreichen kann. Wenn aber die Deutschen noch irgendwelche Wünsche haben, so müssen sie dieselben formulieren und ihre Postulate nach Warschau

oder Posen schicken, wo man in Ruhe und Frieden entsprechende Beschlüsse wird fassen können.

(In Thorn ist von der Ankunft irgend einer englischen Kommission zu dem vorbemerkten Zwecke nichts bekannt. D. Redakt.)

„Dziennik Wydgoski“ (Bromberg) Nr. 220, vom 23. September 1919.

Unter Posens Adresse.

In der Donnerstagnummer des „Kurjer Poranny“ befindet sich ein bemerkenswerter Artikel, dessen Quintessenz darauf hinausläuft, daß ein flammender Protest gegen die angeblich beabsichtigte Schaffung eines höheren landwirtschaftlichen Institutes in Bromberg eingelegt wird. Nach dem Autor müßte eine agronomische Akademie nicht in dem verächtlichen Bromberg, sondern in dem polnischen Posen eröffnet werden, denn für Posen spricht alles, für Bromberg gar nichts. Abgesehen davon, daß Posen, gleich jenem Märchendrachen, alles und alle verschlucken möchte, ohne Rücksicht auf die Magenbeschwerden, die er dadurch bekommen kann, ist und kann nur Posen für ewige Zeiten der Mittelpunkt der Kultur bleiben, wo der junge Pole entsprechende Bedingungen für seine weitere wissenschaftliche Ausbildung findet. Dort in Posen gehen auf den Straßensteigen lauter Titanen, die gestern vom hohen Olymp heruntergekommen sind und einen Olymp in den Posener Kaffeehäusern veranstalten.

Schwarzer Kaffee. Absinth. Cognak. Egoismus. Stimmung. Die entblöhte Seele. Gott. Przybyłowski.

In Bromberg kommen nur lauter Pygmäen auf die Welt. Die Posener Megalomanie hat schon erschreckend umfangreiche Kreise gezogen, daß ihr der Besitz einer Universität, eines geistlichen Seminars, mittlerer Knaben- und Mädchenschulen aller Art, Schulen für Kunstgewerbe und aller Zentralsen, Militär-, Zivil- und geistlicher Behörden, sowie verschiedener Museen und Bibliotheken, nicht mehr genügt. Polen ist immer hungrig und immer gefräßig und möchte auch noch die letzten Krumen des großen Mahles vom Tische Polens aufschlucken. Mit der Geste eines großen Herrn

hat die großmütige „Posener Centrale“ beschlossen, Bromberg zu einem Aschenbrödel zu machen. So war es gestern während des „Ancien regime“ der Bülow's und anderer preußischen Größen, so soll es auch morgen unter der polnischen Regierung bleiben. Indessen liegen die Sachen ganz anders. Für Posen sprechen nur die lokalpatriotischen Sympathien des Autors, für Bromberg sehr wichtige politische Rücksichten auf die Polonisierung. Daß Posen polnisch geblieben ist, das ist nicht ausschließlich sein eigenes Verdienst, sondern die Folge der Bedingungen, denn das preußische Germanisationsystem hat so planmäßig Entnationalisierungsmittel angewendet.

Es ist nicht ausschließlich sein Verdienst, daß in seinen Mauern eine größere Anzahl Intelligenz Brot und Unterhalt finden könnte, derjenigen Intelligenz, welche endgültig den Nationalitätencharakter einzelnen Ortschaften aufdrückt.

In dem verlassenen Bromberg, in welches der preußische Mauerbrecher seit 100 Jahren am stärksten schlug, wurde die nationale Standarte von dem Arbeiterstand in harter Hand festgehalten, und das Verdienst dieses Standes ist es lediglich, daß der bisherige Prozentsatz von Polen in unserer Stadt aufrecht erhalten wurde. Das Häuflein Berufsintelligenz, welches schwer für den Unterhalt seiner Familien arbeitet, kam und kommt angesichts der starken Übermacht des deutschen Elements nicht in Betracht. Deshalb ist und muß es die Pflicht der polnischen Regierung sein, diese Intelligenz zu importieren, eine Intelligenz auf festen, bezahlbaren Regierungsposten, welche imstande wäre und es wollte, außer der Berufsarbeit auch noch unsere nationalen Ideale weiter zu pflegen und in kürzester Zeit aus Bromberg einen Herd polnischer Kultur zu machen, der bis zu den weitesten Grenzmarken ausstrahlt. Noch einmal: Nur ein höheres polnisches Lehrinstitut mit einem zahlreichen Professorenzirkel und mit hunderten von Teilnehmern der akademischen Jugend kann der Stadt den Stempel des Polentums aufdrücken. Meine Bemerkungen empfehle ich dem Gedächtnis der Herren, welche die polnischen Angelegenheiten in

Bromberg leiten, nämlich, dem geehrten Unterkommissariat, als den Vertreter der Behörden, damit man fest und hart im Schutze der polnischen Interessen angesichts der Habgier Posens auftritt.

Unterzeichnet: Buzel

Vorstehende Bemerkungen, obgleich sie in einer sehr peinlichen Form ausgedrückt sind, bringen wir hiermit, damit die maßgebenden Faktoren erkennen, welche Erbitterung bei uns infolge des Umstandes herrscht, daß Polen alles für sich einheimen möchte, was der polnische Staat schaffen will.

Die Redaktion (des „Dziennik Wydgostki“).

„Radwistlanin“ (Culm) Nr. 75
vom 25. September 1919.

Abrechnung.

Unter diesem Titel bringt das Blatt einen längeren Zeitartikel, in welchem es darauf hinweist, daß der Culmer polnische Volksrat bereits eine Kriegskliquidationskommission gegründet habe zur Liquidierung der Schäden und Verluste, die der Bevölkerung oder dem polnischen Staate und zwar nicht nur der polnischen, sondern auch der deutschen Bevölkerung, sofern die letztere die polnische Staatsangehörigkeit erlangt, zugefügt wurden durch unrechtmäßige Requisitionen, durch Ausschreitungen des Grenzschutzes, durch Verhaftungen infolge politischer Übertretungen usw. usw. Dazu sagt das Blatt weiter wörtlich:

Das sind die Hauptgrundsätze für die Liquidation mit der preußisch-deutschen Regierung, die geradezu aus dem Friedensvertrage folgen, dessen Rechtsgültigkeit bald eintritt.

Mögen also alle Geschädigten auf die vorher mitgeteilte Weise ihre berechtigten Forderungen bei den erstehenden Kriegskliquidationskommissionen melden, um die ihnen rechtmäßig zustehenden Entschädigungen zu erhalten.

So weit die Frage der finanziellen Abrechnung.

Wir haben aber noch andere Abrechnungen.

Der Friedensvertrag hat vorgesehen, daß sämtliche Personen, die für das unmenschliche Auftreten des Militärs mit der Landes-

bevölkerung verantwortlich sind, bis zu einer gewissen Zeit genannt werden sollen, um vor das Kriegsgericht desjenigen Landes gestellt zu werden, dessen Bevölkerung sie mißhandelt haben oder dessen Mißhandlung sie zugelassen haben, ohne dieselbe zu verhindern. Die polnischen Kreisvolksräte werden für diese Liste auch diejenigen Militärs aus dem „Grenzschutz“ aufgeben, welche der polnischen Regierung zur Bestrafung ausgeliefert werden sollen. Das Beweismaterial ist umfangreich und die polnischen Kreisvolksräte werden dasselbe den zuständigen Instanzen übergeben.

Was den „Grenzschutz“ anbetrifft, so, haben nicht nur Culm aber auch andere Städte und Dörfer mit ihm Abrechnungen dieser Art. Vor allen Dingen haben solche Abrechnungen Culmsee, Strazburg, Schwetz Tuchel, Czerst und andere Ortschaften. Wir zweifeln nicht, daß alle polnischen Kreisvolksräte in dieser Hinsicht ihre Pflicht tun werden, indem sie das nötige Material sammeln und die Bestrafung der Schuldigen veranlassen.

„Dziennik Gdancki“ (Danzig) Nr. 21 vom
7. September 1919.

Ein Semester polnischer Landtag.

Danzig, den 6. September 1919.

In breiten Kreisen wurden die Wahlen zum Landtage befürchtet. Auf Grund der allgemeinen Wahlen mit proportioneller Abstimmung in einem Lande wie Galizien, welches vom Kriege vernichtet und durch das österreichische System nach Möglichkeit rechtlos gemacht worden ist, im Königreich, welches von den gehirnlosen Bestrebungen des Aktivismus unterwühlt, von der barbarischen deutschen Okkupation ausgemergelt, durch jüdische Einflüsse und deutsche Agitationen holschewisiert wurde, mit einer sozialistischen Regierung, mit einem riesenhaften Prozentsatz von Juden, fürchtete man, daß die Wahlen nicht etwa eine sozialistische Thugantische Mehrheit ergeben.

Indes war diese Befürchtung unnötig. Der Landtag ist in seiner Mehrheit von Bauern besetzt, der Sozialismus dagegen hat eine entschiedene Niederlage erlitten. Die Nationaldemokratie verstand es, im

nationalen Volksverbände eine starke Rechte (die sogenannte Enludecja oder Luendecja) zu bilden. Die Hauptgruppe jedoch, welche obgleich nicht zahlenmäßig stark, doch durch ihre Stellung und, wie es sich zeigte, voraussehende Politik stark wurde, waren die Pfastenanhänger. Die Thugutleute haben sich zwar in größerer Zahl eingefunden, gingen aber den Sozialisten absolut nicht zur Hand, im Gegenteil, sie näherten sich eher den Pfastenanhängern.

Dieses Anlitze des Landtages wurde durch die Ankunft der Posener Abgeordneten nicht geändert. Die letzteren gingen zur Rechten, konnten aber die Gewichtsschale zu ihren Gunsten nicht herüberziehen. Infolge dieser ihrer Stellungnahme, sowie infolge ihrer großpolnischen Kenntnis der Verhältnisse des Königreiches und Galiziens, schließlich infolge einer zu hohen Meinung betr. der Posener Ausgezeichnetheit verstanden sie es, nicht einmal im Kleinen Maßstabe das wirkliche Leiden des Landtages zu beheben, d. h. den Kleinen Prozentsatz der Intelligenz unter den Abgeordneten.

Hier bietet sich für die pommerischen Abgeordneten eine dankbare Aufgabe. Zahlenmäßig wird die pommerische Woiwodschafft nicht viel Abgeordnete (23) liefern, von welchen man noch einige deutsche abzählen muß. Aber wenn bei den Wahlen häusliche Streitigkeiten, persönliche Ambition und Parteiinteressen auf den zweiten Plan zurücktreten, wenn Pommern sich nicht entschließen wird eine Reihe von Leuten erstklassiger Intelligenz nach Warschau zu schicken, an denen es ja doch Gott sei Dank nicht fehlt, wenn diese Vertretung mit den Volksgruppen mitwirken wird, dann werden die pommerischen Abgeordneten dem Landtage und dem Vaterlande erstklassige Dienste leisten können.

Gegen die halbjährige Tätigkeit des Landtages wurden zahlreiche und absprechende Kritiken laut. Es wird ihm vorgeworfen, daß er keine regierende Mehrheit geschaffen hat, daß er die Agrarreform beschloffen hat. Diese Kritiken kommen hauptsächlich aus Kreisen der Rechten, und ihr tatsächliches Mark besteht bei dem einen in der Agrarfrage und bei den andern in der Nichtinzulassung zur Regierung der sogenannten

Enludecja (bedeutet nationale Volksdemokratische Partei — Anm. d. Übers.).

Wir beabsichtigen nicht in der Rolle von blinden Anpreisern des Landtages aufzutreten, diese Kritiken scheinen uns aber doch nicht ganz motiviert zu sein. Die Verfassung ist zweifelsohne eine der wichtigsten Aufgaben des sich bildenden Polens. Jedoch muß man dabei sein Augenmerk auch darauf richten, daß die Konstitution das Moment einer gewissen Festigkeit bedeutet. Jedenfalls kann sie nicht unveränderlich sein; aber eine Reihe von Jahren dürfte ausreichen. Und wenn dem so ist, dann muß die Konstitution einem gewissen Moment von Festigkeit und Gleichgewicht im öffentlichen Leben entsprechen. Einen solchen Augenblick gibt es in Polen jedoch noch nicht. Es ist alles flüchtig, sogar die Grenzen sind noch nicht festgelegt, und aus den Gebieten, welche Polen zuerkannt sind, ist noch keine volle Vertretung vorhanden (außer Pommern).

Überdies muß die Konstitution noch eine gewisse Kristallisierung des Staatslebens ausdrücken. Polen besitzt ein Staatsleben kaum seit einigen Monaten. Die Formen desselben hatten noch keine Zeit sich festzulegen. Angesichts dessen konnte die Konstitution ein rein theoretisches Gebilde sein, d. h. es liegt in ihr die Gefahr, daß sie das öffentliche Leben erschwert und sich ihm in den Weg stellen könnte, anstatt dasselbe auszudrücken. Es könnte leicht dazu kommen, was während der französischen Revolution geschah, daß man Verfügungen schaffte, daß der Staat aber nicht nach denselben existieren konnte, da sie theoretische Schöpfungen waren und die Staatsform in vollem Fluge aufgreifen wollten. Anders stellt sich die Fassung einer kompakten Mehrheit dar, welche es erlauben würde, eine parlamentarische Regierung zu bilden. Dieser Wunsch sieht uns aus wie ein Requisitionium aus der kaiserlich-königlich-österreichischen Staatsweisheit. Wenn die parlamentarische Regierung in der Monarchie notwendig ist, so bringt sie einer Republik zweifelhaften Nutzen, indem sie auf geradem Wege zur Omnipotenz des Parlamentarismus und zur Absolvierung der Ausführungsgewalt durch denselben führt. Weder die Vereinigten Staaten noch die Schweiz

werden parlamentaristisch regiert. Es ist jedoch schwer zu behaupten, daß sie sich womöglich schlechter befinden als das parlamentaristische Frankreich.

Schließlich kommt die Frage der Agrarreform. Diese Reform umfaßt zwei Punkte: Die zwangsweise Enteignung größeren Landbesitzes, sowie das Maximum von Landbesitz (400 Hektar). Den ersten Punkt hat der Landtag einstimmig, oder fast einstimmig angenommen, den zweiten mit dem Ausschluß von einer Stimme. Wir verstehen, daß das eine wie das andere, besonders aber das andere einer großen Opposition der Rechten, und zwar einer auch durch sachliche Ursachen begründeten Opposition begegnet ist, da bei dem heutigen Zustande der Agrarwirtschaft in Polen auch größeres Besitztum nötig ist, um große Kornmengen zu produzieren. Jedoch ist auch hier zu beachten, daß dieser Beschluß nur eine allgemeine Feststellung bedeutet, daß er erst ein Grundprinzip ausdrückt.

Die tatsächliche Durchführung der vorgesehenen Parzellierung wird im Laufe von Jahrhunderten nicht durchgeführt. Weiter hat sich der große Landbesitz insolge seiner Kriegspolitik so oft den nationalen Ideen in den Weg gestellt, daß der Anschlag auf dieselben von der Allgemeinheit nicht als ein Verlust in der nationalen Wirtschaft angesehen wird. Wenn man diese Fragen vom nationalen Standpunkte betrachtet, kann die Annahme der Agrarreform uns große Volksmassen, sogar deutsche Volksmassen auf den Volksabstimmungsgebieten zuführen und die Macht der deutschen Latifundien in Pommern und Großpolen brechen. Schließlich darf man auch nicht vergessen, daß die Agrarreform nicht ausschließlich eine polnische Angelegenheit ist, sondern einen Teil der Umwälzung der ganzen nationalen Wirtschaft in Europa darstellt, und daß man z. B. im Tschechenlande noch früher ein analogisches Gesetz beschlossen hat.

Wir glauben deshalb auch ohne Vorurteil sagen zu können, daß die Kritiken, welche gegen den Landtag geltend gemacht werden, mindestens übertrieben sind. Man darf auch nicht seine unstreitig positive Arbeit vergessen.

Hierher gehört die einmütige Bestätigung Pilsudskis auf dem Posten des Staatsoberhauptes. Es handelt sich hier gar nicht um die Person Pilsudskis, obgleich auch hier nicht zu vergessen ist, daß wenn auch seine legionistische Kriegspolitik die schärfste Verdammung verdient, seine Magdeburger Gefangenschaft ihn in Warschau mit Ruhm umgab. Und wenn auch die Einberufung des Moraczewski-Kabinetts unglücklich war, so hat doch das Staatsoberhaupt diesen Irrtum verbessert, indem er die Regierung Paderewski übergab. Seine gegenanregionistische Politik im Osten verdient Einverständnis und stellt heute unter unserer Allgemeinheit vielleicht die größte Zentrumskraft dar. Ich wiederhole aber, daß es sich hier gar nicht um die Person Pilsudskis, sondern um die Tatsache selbst handelt, daß der Landtag eines sich kaum bildenden Landes zu einem derartigen Akt politischer Weisheit, wie die einmütige Wahl eines Staatsoberhauptes aufgerafft hat.

Und weiter: Der Landtag hat die Aushebung des Militärs beschlossen, wodurch er die Basis für eine feste Armee geschaffen hat, eine Sache, die Polen heute und noch jahrelang angefaßt der deutschen Gefahr am nötigsten ist, hat eine Anleihe beschlossen, sowie einen Bund mit der Entente und schließlich den Friedensvertrag ratifiziert.

Es ist jedenfalls leicht zu sagen, daß dies von den Bauern gemacht wurde, weil es sie nichts gekostet habe. Daß der Landtag aber bäurisch ist, woran liegt es, wenn nicht daran, daß die „Herren“ nicht imstande gewesen sind, sich das Vertrauen der breiten Allgemeinheit zu erobern? Und dann zeigt es sich, daß diese Bauern dennoch imstande waren, ein Verständnis den Staatsnotwendigkeiten entgegenzubringen. Wenn man also alles zusammenfaßt, so glaube ich, wird ein nicht durch eine Parteibrille mit Vorurteil beladener Mensch, oder ein solcher, der durch die Einschränkung des Großgrundbesitzes nicht gereizt wurde, zugeben müssen, daß der Landtag bereits viel nutzbringende Arbeit geleistet hat.

Gewiß wünscht jeder Pole, daß möglichst viel solche Arbeit geleistet wird und daß sie

den größten Nutzen bringt. Dadurch erklärt sich auch hier und da die Unzufriedenheit, welche man ausdrücken kann in dem Satze: Darauf mußt du dich stützen. Es genügt

festzustellen, daß der Landtag nicht wenig gemacht hat und die Hoffnung auszudrücken, daß die Herbstsitzung nicht ohne reiche Ernte bleibe.

Kleine Mitteilungen

Die deutsch-polnischen Verhandlungen

Als erstes Ergebnis der deutsch-polnischen Verhandlungen ist der nachstehende Staatsvertrag abgeschlossen, der zur Zeit der Nationalversammlung zur Ratifikation vorliegt.

Artikel I.

Die vertragschließenden Teile werden alle von ihnen noch nicht auf freien Fuß gesetzte Personen, die aus Anlaß der polnischen Bewegung mit der Waffe in der Hand gefangen oder interniert oder als Geiseln oder Schutzhäftlinge festgenommen worden sind, unverzüglich nach ihrem Heimatort oder dem von ihnen gewählten Aufenthaltsort entlassen. Ausgenommen bleiben Personen, die sich in Untersuchungshaft oder Strafgefängenschaft befinden und nicht unter die Bestimmungen der Art. VI—IX über die Gewährung von Straffreiheit fallen.

In gleicher Weise wird Polen diejenigen Deutschen entlassen, die von ihm etwa noch als deutsche Heeresangehörige oder ehemalige deutsche Heeresangehörige festgehalten werden.

Artikel II.

Die Vollstreckung disziplinarisch verhängter Strafen gegen die nach Artikel I zu entlassenden Personen ist bei Inkrafttreten dieses Vertrages sofort auszusetzen.

Artikel III.

Allen zu entlassenden Personen ist die Mitnahme der in ihrem Besitz befindlichen sowie der ihnen abgenommenen Gegenstände zu gestatten, soweit nicht begründeter Verdacht eines unrechtmäßigen Erwerbs besteht. Ausgenommen hiervon bleiben militärische Schußwaffen und Munition.

Artikel IV.

Die Regelung des Abtransportes und der Verpflegung der Personen, die gemäß

Artikel I in das Gebiet jenseits der Demarkationslinie zu entlassen sind, ist bis zur Übergabe an die zuständigen Heimatbehörden Angelegenheit des entlassenden Staates. Dieser hat auch für die Heimkehr der in seinem eigenen Gebiete verbleibenden Personen Sorge zu tragen.

Artikel V.

Jedem der vertragschließenden Teile steht es frei, die Ausführung der Bestimmungen der Artikel I—IV durch eigene Vertreter oder durch die in Artikel XI vorgesehene gemischte Kommission an Ort und Stelle prüfen zu lassen.

Artikel VI.

Jeder vertragschließende Teil gewährt volle Straffreiheit für alle vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages, namentlich auch während der polnischen Bewegung in den Abtretungs- und Abstimmungsgebieten begangenen gerichtlich oder disziplinarisch strafbaren Handlungen, die auf eine militärische, politische oder nationale Betätigung zugunsten des anderen Teiles zurückzuführen sind. Hierunter fallen insbesondere Handlungen, die sich als Hoch- oder Landesverrat darstellen, insbesondere auch Ausübung einer amtlichen Tätigkeit, die Teilnahme an der Volksratsbewegung, sowie die Beteiligung an Orts- und Bürgerwehren.

Ferner gewährt jeder vertragschließende Teil volle Straffreiheit für die mit der polnischen Bewegung in Zusammenhang stehenden vor dem Inkrafttreten dieses Vertrages begangenen Zuwiderhandlungen gegen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung erlassene Anordnungen der beiderseitigen Militärbefehlshaber oder gegen Verbote des Waffenbesitzes oder des Waffenhandels oder gegen gesetzliche Vorschriften, durch die eine Verpflichtung zum Dienst im Heere begründet wird.

Artikel VII.

Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die verhängten Strafen erlassen, die anhängigen Verfahren eingestellt und neue Verfahren nicht eingeleitet.

Artikel VIII.

Den Personen, die auf Grund des Artikels VII auf freien Fuß gesetzt werden, wird gestattet, sich an ihren bisherigen Wohnsitz zurückzugeben. Sie sind da keiner anderen Beschränkung unterworfen als die übrige Bevölkerung. Dem Wunsche, in das Gebiet des anderen Teils auszureisen, wird von dem Aufenthaltsstaat kein Hindernis bereitet werden.

Artikel IX.

Soweit Straffreiheit gewährt ist, werden Gegenstände, die in einem noch nicht rechtskräftig erledigten Verfahren beschlagnahmt worden sind, zurückgegeben. Desgleichen werden Kautionen oder ähnliche Leistungen zurückerstattet, die zwecks Abwendung einer Internierung, Verhaftung oder Verschleppung geleistet worden sind und zwar auch dann, wenn sie als verfallen zu gelten hätten, weil der die Sicherheit Leistende den ihm auferlegten Verpflichtungen nicht nachgekommen ist.

Artikel X.

Keine der vertragschließenden Teile wird in Zukunft eine Person wegen einer vor Inkrafttreten dieses Vertrages erfolgten poli-

tischen oder nationalen Betätigung einer Ausnahmebehandlung unterwerfen.

Artikel XI.

Um eine den Bestimmungen I—V dieses Vertrages entsprechende gleichmäßige Entlassung der nicht auf freien Fuß gesetzten Personen zu gewährleisten und um Zweifel über die rechtliche Auslegung des Vertrages zu beheben, werden nach Bedarf gemischte Kommissionen gebildet, die sich aus je einem Angehörigen der vertragschließenden Teile zusammensetzen. Die Kommissionen haben insbesondere das Recht, zu diesem Zwecke auf beiden Seiten der Demarkationslinie alle Gefängnisse und Gefangenenlager zu besuchen und Einsicht in alle für die Entlassung erheblichen Akten und Urkunden zu verlangen.

Einigen sich die beiden Mitglieder einer Kommission nicht, so entscheidet ein neutraler Schiedsrichter, um dessen Ernennung der schweizerische Bundespräsident gebeten werden soll.

Die Entscheidungen der Kommissionen und des Schiedsrichters sind für die beiderseitigen Behörden bindend.

Artikel XII.

Dieser Vertrag soll ratifiziert, und die Ratifikationsurkunden sollen sobald als möglich in Berlin ausgetauscht werden.

Der Vertrag tritt am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft.